

Recker / Jellonnek / Rauls (Hrsg.)
Bilanz: 50 Jahre
Bundesrepublik Deutschland

Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft
der Stiftung Demokratie Saarland

Band 5

**Marie-Luise Recker,
Burkhard Jellonnek,
Bernd Rauls (Hrsg.)**

**Bilanz:
50 Jahre
Bundesrepublik Deutschland**



A 01 - 00470

Röhrig Universitätsverlag

St. Ingbert 2001

Bilanz: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland / Marie-Luise Recker ... (Hrsg.). - Sankt Ingbert : Röhrig, 2001
(Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft
der Stiftung Demokratie Saarland ; Bd. 5)
ISBN 3-86110-241-2

© 2001 by Röhrig Universitätsverlag GmbH
Postfach 1806, D-66368 St. Ingbert
www.roehrig-verlag.de

Alle Urheber- und Verlagsrechte vorbehalten!
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Mikroverfilmung,
Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme

Umschlag: Thomas Störmer
Satz: Marcus Hahn
Druck: Strauss Offsetdruck GmbH, Mörlenbach
Printed in Germany 2001

ISBN 3-86110-241-2

Vorwort

Im vergangenen Jahr feierte die Bundesrepublik Deutschland den 50. Jahrestag ihrer Gründung und die Verabschiedung des Grundgesetzes. Die Stiftung Demokratie Saarland hat dies gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung zum Anlass genommen - im Rahmen einer zweitägigen Tagung - eine wissenschaftliche Bilanz der Entwicklung unseres politischen Systems und seiner gesellschaftlichen Ordnung zu ziehen.

Der vorliegende Sammelband ist aus dieser Tagung entstanden. Dank der fundierten wissenschaftlichen Unterstützung von Frau Prof. Dr. Marie-Luise Recker von der Universität Frankfurt ist ein differenziertes und wissenschaftlich fundiertes Bild der Entwicklungsgeschichte unserer Republik entstanden. Historiker, Politikwissenschaftler und Zeitzeugen analysieren und diskutieren die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der bundesrepublikanischen Entwicklung. In insgesamt 20 Beiträgen werden die wichtigsten Entwicklungslinien der Geschichte und der politischen Ordnung unserer Demokratie nachgezeichnet und es wird ein problemorientierter Überblick anhand aktueller Forschungsergebnisse präsentiert.

Im Namen der Stiftung Demokratie Saarland danke ich den Autoren, dass sie ihre Tagungsmanuskripte für diese Publikation zur Verfügung gestellt und damit unsere Schriftenreihe „Geschichte, Politik & Gesellschaft“ um einen attraktiven und hochinformativen Band ergänzt haben.

Friedel Läßle

Vorsitzender der Stiftung Demokratie Saarland

Inhaltsverzeichnis

<i>Friedel Läßle</i>	
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
<i>Marie-Luise Recker</i>	
Einleitung	9
<i>Reinhard Klimmt</i>	
50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Die Zukunft liegt im vereinten Europa	13
<i>Marie-Luise Recker</i>	
„... bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“. Das Grundgesetz als Verfassungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland	21
<i>Hans Peter Mensing</i>	
„Es ist alles zu sehr auf mich konzentriert.“ Grundlegung, Grundzüge und Grenzen der ‚Kanzlerdemokratie‘ in der Adenauerzeit	41
<i>Rudolf Hrbek</i>	
Die föderale Ordnung - Anspruch und Wirklichkeit	53
<i>Hans-Heinrich Jansen</i>	
Im Adenauer-Sog. Die kleinen bürgerlichen Parteien in den 50-er Jahren	69
<i>Frank Bösch</i>	
✓ Die CDU: Weltanschauliche und organisatorische Grundlagen einer Samm lungspartei	83
<i>Josef Boyer</i>	
✓ Die SPD in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Mitgliederstrukturen und Machtchancen	109
<i>Rudolf Speth</i>	
Die Grünen an der Macht und in der Krise	121
<i>Wlfried Loth</i>	
Kalter Krieg und doppelte Staatsgründung. Handlungsspielräume und Entscheidungen	137
<i>Eckart Conze</i>	
Zwaberwort Europa. Die europäische Integration in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999	151

<i>Daniel Hofmann</i> Abgrenzung als Staatsräson? Bundesrepublik, DDR und die ‚deutsche Frage‘ in den 50-er und 60-er Jahren	169
<i>Beatrix Bouvier</i> Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und ihre Auswirkungen	185
<i>Hermann Glaser</i> Kulturelle Westbindung	197
<i>Edgar Wolfrum</i> Der Nationalsozialismus im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland. Kulturen der Vergangenheitsaufarbeitung 1949-1999	221
<i>Werner Plumpe</i> „Wir sind wieder wer!“ Konzept und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft in der Rekonstruktionsphase der westdeutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg	237
<i>Gabriele Metzler</i> „Wir schaffen das moderne Deutschland.“ Sozialer Wandel in den sechziger Jahren zwischen Gesellschaftspolitik und Emanzipation	279
<i>Erhard Eppler</i> im Gespräch mit <i>Burkhard Jellonnek</i> „Wir haben die Russen zu Tode gerüstet!“	295
<i>Kurt Sontheimer</i> Der Ort der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Geschichte	309
Autorenverzeichnis	317

Einleitung

Marie-Luise Recker

Der 50. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war im vergangenen Jahr Anlass zu vielfachen Würdigungen der Geschichte des westdeutschen Staates. Ob in Wissenschaft oder Öffentlichkeit, bei offiziellen Feierstunden oder in akademischen Runden – die Bilanz fiel im allgemeinen überaus zustimmend und anerkennend aus. Eine große Tageszeitung **glossierte** diese positive Resonanz in einer Artikelserie auf ihre Weise. „Zum Jubiläum“, so führte sie aus, „wird alles nachgeholt, was damals, 1949, gefehlt hat: Gold, Weihrauch und Myrrhe sozusagen, Konzerte, Feste, Feuerwerk. Noch nie gab es in Deutschland so viele Veranstaltungen, die sich das Grundgesetz aneignen, die es **schützen** und die ihm neue Kraft geben, es aufpolieren, renovieren, reformieren **wollen**. Das Grundgesetz ist Identifikationsobjekt der Bürgergesellschaft: Nie wurde es so oft beschworen, nie war es so wertvoll wie heute.“ (Süddeutsche Zeitung 30.4./1. und 2.5.1999) Zwar gab es auch vereinzelte mahnende Stimmen zum Zustand der **bundesdeutschen** Demokratie, doch überwogen bei weitem die beifälligen **Kommen-**

Diese Einschätzung galt nicht nur dem Grundgesetz allein, sondern der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Auch wenn kritikwürdige Einzelpunkte **dar-** **über-** **aus** **benannt** wurden, in der Summe interpretierte man die Entwicklung des westdeutschen Staates als Erfolgsgeschichte. Dies betraf den Aufbau und die breite **Ver-** **anker-** **ung** einer parlamentarischen Demokratie ebenso wie die Schaffung einer **leistungsfähigen**, anerkannten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie die **europä-** **politische** Einbindung in die (west-)europäisch-atlantische Bündnis- und **Wert-** **ge-** **meins-** **chaft**. Gemessen an den düsteren Anfängen nach totalitärer Diktatur, **Krieg**, **Nieder-** **lage**, **Kapitu-** **lation** und **Besetzung** schien die Entwicklung des westdeutschen Teilstaats aus der Perspektive des Jahres 1999 in der Tat eine Erfolgsgeschichte **zu sein**. Die Ausprägung der „Kanzlerdemokratie“, die fundamentalen innen- und **europä-** **politischen** Weichenstellungen in der Ära Adenauer, der ostpolitische **Neu-** **ansatz** Brandts wie auch die pragmatische Konsolidierungspolitik Schmidts und **Kohl** wurden gleichsam als Stationen des phönixhaften Aufstiegs eines teilsouveränen Provisoriums zu einem zuverlässigen Mitglied und geachteten Partner der **internationalen** Staatengemeinschaft gesehen. Im Unterschied zu seinem Weimarer **Vorgänger** zeichnete sich der Bonner Staat in dieser Sichtweise durch innere **Stabili-** **on**, **ökonomische** Prosperität und internationale Respektabilität aus.

→ **Nur** **vereinzelt** und **sporadisch** wurde in diesen Rückblicken die Einschätzung **geteilt**, dass die Geschichte der „alten“ Bundesrepublik mit dem Epochenjahr **1989/90** abgeschlossen worden sei und sich aus der Perspektive der „neuen“, ver-

Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und ihre Auswirkungen

Beatrix Bouvier

Timothy Garton Ash gehört zu den Autoren, die als Beobachter von außen gern zitiert werden, wenn es um die Einschätzung der Bedeutung von Ost- und Deutschlandpolitik geht. Und so ist ihm zuzustimmen, wenn er davon ausgeht, dass die Westverträge der fünfziger und die Ostverträge der frühen siebziger Jahre zwei bedeutende Schritte zur Emanzipation der Bundesrepublik waren. Beide Vertragswerke waren in ihrer Zeit hart von der jeweiligen Opposition bekämpft und dann schließlich akzeptiert worden. Der dritte Schritt in Richtung deutscher Emanzipation folgte in dieser Sicht dann in den neunziger Jahren.¹ Die Akzeptanz der Westpolitik durch die deutsche Sozialdemokratie ist untrennbar mit dem Namen Herbert Wehner und seiner immer wieder angeführten Rede vom 30. Juni 1960 verbunden, in der er für die eigene Partei und für die Öffentlichkeit bestimmt im Bundestag die außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung der SPD quasi „verkündete“. Verbunden damit war ein umfassender Kurswechsel, bekannt als „Gemeinsamkeitskurs“, mit dem die SPD den Weg in die Regierungsverantwortung antreten wollte. Das freilich dauerte bis 1966.² Weniger genau lässt sich hingegen datieren, wann genau die CDU die Ostpolitik zu akzeptieren bereit war, wie sie von der sozialliberalen Koalition vertreten und durchgesetzt wurde. Es war, wie bei den Sozialdemokraten und der Westintegration, ein langer und komplizierter Prozess. Im Ergebnis führte dies jedoch dazu, dass über alle Regierungswechsel hinaus es bis zu den Ereignissen von 1989/90 Kontinuität in der Politik gab, die als Ostpolitik bezeichnet wird. Dabei werden Ost- und Deutschlandpolitik häufig synonym gebraucht. Ohne auf Begriffserklärungen und Begriffsgeschichte eingehen zu wollen, sei doch festgehalten, dass der Begriff „Ostpolitik“ Eingang auch in andere Sprachen gefunden hat, obwohl er historisch belastet war. Darauf und dass er den Begriff „Ostpolitik“ für seine eigene Politik nicht möge, verwies beispielsweise Willy Brandt in seiner Nobelpreisrede von 1971.³ Dennoch wurde zur historischen Realität, dass der Begriff „Ostpolitik“ dann eng mit seinem Namen verbunden ist und bislang blieb.

Natürlich gab es Ost- und Deutschlandpolitik auch schon vor der sozialliberalen Koalition. Es musste sie von Anfang an geben, und sie war an der Nahtstelle des Ost-

¹ Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München u. a. 1993, S. 53 ff.

² Vgl. dazu Beatrix Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung*, Bonn 1990.

³ Vgl. Ash, *Im Namen Europas*, S. 57.

West-Konfliktes stets ein Balanceakt.⁴ Die offene und offen gehaltene deutsche Frage legte in Verbindung mit der besonderen Lage Berlins eine Verankerung der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik in das westliche Bündnissystem ebenso nahe wie das Interesse an einer Auflockerung der Fronten zwischen den beiden Blöcken. Das, was dann als „neue“ Ostpolitik bezeichnet wurde, wobei das Adjektiv „neu“ später stillschweigend verschwand, war analytisch spätestens seit den späten fünfziger bzw. frühen sechziger Jahren angelegt. Dennoch ist sie als deutsche Version der Detente, der Entspannungspolitik, eng mit dem Bundeskanzler Willy Brandt und der von ihm ab 1969 geführten sozialliberalen Koalition verbunden. „Und das heißt: der Komplex all der Verhandlungen für die Ostverträge und der titanische Kampf, die Akzeptanz für sie im Bundestag und ganz allgemein im Land für sie zu gewinnen; die Wahlen vom November 1972, die beinahe zum Plebiszit für Brandts Ostpolitik wurden; die hoffnungsbangen Menschen in Erfurt, die „Willy“, „Willy“! bei Brandts erstem offiziellen DDR-Besuch im März 1970 riefen; Willy Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl für die Helden des Warschauer Ghetto-Aufstandes - einer der großen symbolischen Augenblicke der europäischen Nachkriegsgeschichte. Und heißt: die Politik der „Normalisierung“ wie das Streben nach einer „europäischen Friedensordnung“, basierend auf der vollen Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden osteuropäischen Grenzen und der fast vollen Anerkennung der DDR als unabhängigen Staates.“⁵ Aber eben nur *fast*. Das war seinerzeit bedeutsam und ist heute nach fast zehn Jahren staatlicher Einheit in seiner juristischen und politischen Komplexität manchmal schwer vermittelbar.

Den theoretischen Überbau für diese neue Ost- und Deutschlandpolitik hatte Egon Bahr mit seiner Tutzingener Rede und der Formel „Wandel durch Annäherung“ geliefert.⁶ Ohne sie noch einmal zu entfalten, sei festgehalten, dass die Ereignisse vom 13. August 1961 dafür eine wichtige Rolle spielten. Erste Erfahrungen mit der sogenannten „Politik der kleinen Schritte“ wurden in Berlin gemacht, und die vielzitierte Formel fand während der sechziger Jahre langsam Eingang in die Politik. Das wurde inzwischen häufig beschrieben und analysiert, so dass Entstehung, Anfänge und die Durchsetzung dieser „neuen“ Ost- und Deutschlandpolitik als gut erforscht gelten können.⁷ Diskutiert wurde zunächst vorwiegend über die Wege, über die ein Konsens noch nicht zu erzielen war. Während der Großen Koalition versuchte Willy Brandt dann, entsprechende Ansätze zu einer systematisch gestalteten Ostpolitik auszubauen, doch der wirkliche Durchbruch gelang erst nach den Wahlen vom September

⁴ Vgl. Heinrich Potthoff, Bonn und Ostberlin. 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 11.

⁵ Ash, Im Namen Europas, S. 59.

⁶ Dazu vor allem Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996.

⁷ Zum Forschungsstand vgl. Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 13.

1969. Auch wenn die deutschland- und ostpolitische Ausgangslage sowie die schrittweise Herausbildung und Umsetzung der ostpolitischen Konzeptionen weithin bekannt sind, seien doch mit einigen Stichworten zentrale Probleme in Erinnerung gerufen. Ich erinnere lediglich an den sogenannten Sputnik-Schock mit seinen weitreichenden Folgen, an die Krisen der frühen sechziger Jahre (U-2, Mauerbau, Kuba), den Wandel insgesamt in der weltpolitischen Konstellation um 1960. Das hatte letztlich auch ein wachsendes Bedürfnis nach einem Krisenmanagement zur Folge, und die daraus resultierenden Erkenntnisse hatten Auswirkungen nicht nur für die SPD.⁸ Erinnert sei lediglich daran, dass und wie die Bundesrepublik angesichts der internationalen Konstellation unter erheblichen Anpassungsdruck geriet. Gleichzeitig mehrten sich im Innern die kritischen Stimmen über die Starrheit der bisherigen Deutschlandpolitik. Nach und nach kam jedoch Bewegung in diese Politik. Dass die SPD dabei beispielsweise mit den monatelangen Debatten und den Verhandlungen mit der SED über den „Redneraustausch“ ein erhebliches Maß an Initiative gewann, sei nur am Rande angemerkt, ist aber nicht unerheblich.⁹ Viel ging naturgemäß von Berlin aus. Dafür sei lediglich festgehalten, dass Willy Brandt als der Regierende Bürgermeister und seine Mitstreiter Egon Bahr und Heinrich Albertz die „Sozialdemokraten zu neuen Ufern“ führten, wie dies einmal zutreffend formuliert worden ist.¹⁰ Dass auch die programmatische Unterfütterung da war, ist mit dem Namen Egon Bahr bereits genannt worden. Wie wichtig seine Rolle dabei war, hat er selbst in seinen Erinnerungen deutlich herausgestellt.¹¹

Der Grundgedanke Bahrs bestand in der Annahme, die bisherige Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik mit ihrem „Alles-oder-Nichts“ sei gescheitert. Angesichts der machtpolitischen Realitäten und Gegebenheiten sollte die DDR in ihrer realen Existenz respektiert werden, um sie dadurch zu Zugeständnissen zu bewegen, sie letztlich - mit Zustimmung Moskaus - zu transformieren.¹² Entscheidend wurde, dass die SPD und große Teile ihres Koalitionspartners dann auf eine andere Abfolge setzten. Das heißt, dass zunächst ein Arrangement mit der Sowjetunion vor einer vertraglichen Regelung mit der DDR angestrebt wurde. In dieser Sicht waren die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung und eine Anerkennung der Staatlichkeit des zweiten deutschen Staates der Preis, den Bonn für eine Verbesserung der innerdeutschen Lage zu entrichten hatte. Der Weg dahin führte über Moskau.

Stichworte dafür sind die langen Verhandlungen zwischen Gromyko und Bahr zwischen Januar und Mai 1970. Im März waren die Verhandlungsergebnisse aufge-

⁸ Ausführlicher Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, S. 46 ff.

⁹ Vgl. Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 19.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 19.

¹¹ Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, insbesondere S. 111 ff.

¹² Dazu und zum Folgenden, Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 20 ff.

schrieben worden; als „Bahr-Papiere“ sind sie weithin bekannt geworden: Sie bestimmten das künftige Verhältnis der Bundesrepublik zum östlichen Europa in allen wesentlichen Punkten. Moskau hatte für sein ganzes „Lager“ verhandelt und beschlossen: über die Westgrenzen Polens und der DDR, über die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik, über die Ungültigkeit des Münchner Abkommens. Der Rest blieb Einzelverhandlungen überlassen, die Bonn mit Warschau, Ostberlin und Prag führen wollte, um das prinzipiell Vereinbarte praktisch auszugestalten. Alle zusammen sollten ein Ganzes bilden, womit letztlich auch der Großmachtsanspruch Moskaus bestätigt wurde.

Wenn es nun um die direkten Beziehungen zwischen den „beiden Staaten in Deutschland“ ging (so die Formel der Bundesrepublik, die Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 verwendete) oder um die zwischen den „beiden deutschen Staaten“ als die von der DDR bevorzugte Bezeichnung, so tat sich zunächst mit Ausnahme der Treffen in Erfurt und Kassel recht wenig, hatte doch die SED-Führung durchaus ihre Probleme mit der sozialliberalen Koalition bzw. deren Politik. Immer wieder sind bis in die jüngste Zeit die Bilder und die Emotionen, die Brandts Auftreten in Erfurt weckten, in Erinnerung gerufen worden. Es waren letztlich erste Kontaktversuche auf Spitzenebene nach entsprechenden Vorbereitungsgesprächen von Experten und Konsultationen der DDR mit der Sowjetunion. In jeweils ausgiebigen Grundsatzserklärungen und langen Erwiderungen wurden Positionen abgesteckt, Vorwürfe erhoben und zurückgewiesen, aber doch auch sachorientiert argumentiert und jedenfalls nichts verbaut.¹³ Wichtiger gerade in Erfurt als alle förmlichen Sitzungen und Vieraugen-Gespräche waren die in Erinnerung gebliebenen Geschehnisse am Rande. Die „Willy, Willy“ Ovationen für den sich am Fenster des „Erfurter Hofes“ zeigenden Willy Brandt und die Hilflosigkeit der DDR-Sicherheitskräfte waren nicht zu überhörende und zu übersehende Signale. Erfurt zerriß Traumschleier, in die sich die DDR-Herrschenden gehüllt haben mochten.¹⁴

Damit verlief Erfurt anders, als es sich die SED-Führung vorgestellt hatte und entsprechend ergebnislos (musste) Kassel verlaufen. Denn Erfurt hatte deutlich gemacht, dass die Hoffnungen auf den Zusammenhalt der Deutschen in der DDR noch lebendig waren. Die „Erwartungen auf eine Wende zum Besseren durch die sozialdemokratische Lichtgestalt Willy Brandt [waren] groß und die Autorität der

¹³ Vgl. ebd., S. 23 f.; vgl. auch Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 227 f.

¹⁴ Vgl. Potthoff, *Bonn und Ost-Berlin*, S. 24; vgl. auch Detlef Nakath, *Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung - Verlauf - Ergebnisse* (hefte zur ddr-geschichte 24), Berlin 1995.

Staatsgewalt der DDR nur durch den Masseneinsatz der 'Staatssicherheit' durchzudrücken.¹⁵

Kassel markierte dementsprechend mehr als eine „Denkpause“, wie es - vornehmlich aus DDR-Sicht - häufig eher verharmlosend hieß. Vielmehr machte das ergebnislose Treffen deutlich, dass es nicht nur noch nicht der richtige „Zeitpunkt“ für Verhandlungen war, sondern auch die falsche Grundkonstellation. Zuerst mussten der Vertrag mit der Vormacht Sowjetunion unter Dach und Fach gebracht und die Eckpunkte für das deutsche Szenario markiert sein. Das war am 12. August 1970 der Fall, wie etwa Egon Bahr in seinen Erinnerungen „Zu meiner Zeit“ ausführlich dargelegt hat.¹⁶ Hinzu kamen die im März aufgenommenen Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin, bei denen substantielle Fortschritte erst im Herbst 1970 erkennbar wurden und die den weiteren Rahmen absteckten. Schließlich musste die DDR-Führung ganz offenkundig von Moskau auf einen neuen Kurs verpflichtet werden. „Während bis dahin stets die Ulbricht-Forderung von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik als *conditio sine qua non* postuliert wurde, signalisierte im Oktober 1970 ein Stoph-Emissär im Bonner Kanzleramt nun das Interesse der DDR an Gesprächen und Kontakten, um die Vier-Mächte-Verhandlungen zu unterstützen.“¹⁷

Egon Bahr, der die schwierigen - häufig beschriebenen - Moskauer Verhandlungen hinter sich hatte und bei den Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen offiziell nur Zuschauer war, aber hinter den Kulissen mitwirkte, stand längst bereit. Unverzüglich nahm er als Beauftragter des Bundeskanzlers seine Tätigkeit auf und traf sich mit Michael Kohl, dem DDR-Unterhändler. Es waren dann 42 Gesprächsrunden nötig, bis das Transitabkommen im Dezember 1971 und dann im Mai 1972 auch der Verkehrsvertrag vereinbart worden waren. Ergänzt wurden die Verträge durch die Vereinbarung zwischen dem Berliner Senat und der DDR-Regierung über erste Besuchsregelungen und einen Gebietsaustausch. Damit waren begrenzte Möglichkeiten für Besuche in der DDR geschaffen worden, und im Vergleich zu dem alten Zustand war dies ein nicht unerheblicher Schritt nach vorn, was ebenfalls inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

In der Endphase der Verhandlungen über den Verkehrsvertrag ging es dann bereits um den ersten Meinungsaustausch über den späteren Grundlagenvertrag. Nachdem der Moskauer und Warschauer Vertrag ratifiziert und das Vier-Mächte-Abkommen am 3. Juni 1972 in Kraft getreten waren, begannen am 15. Juni die Bahr-Kohl-Gespräche über die sogenannte „Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“. Die

¹⁵ Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 24.

¹⁶ Plastisch dazu Bahr, Zu meiner Zeit, S. 268 ff.

¹⁷ Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 27; dort auch der Verweis auf die entsprechenden Dokumente.

Positionen klafften weit auseinander, und die ersten Runden wurden öffentlich dementsprechend lediglich als „Meinungsaustausch“ deklariert. Am 9. August dann erhielt Egon Bahr den Auftrag vom Bundeskabinett für die offiziellen Verhandlungen, die längst liefen, wie die Akten heute belegen.¹⁸

Diese Bahr-Kohl-Gespräche waren wichtig; es wurde substantiell debattiert und zäh verhandelt, doch die eigentlichen Entscheidungen erfolgten dort nicht. Die DDR blieb zunächst auch nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker sperrig; eine andere Weichenstellung scheint es erst bei dem Treffen der Ostblockführer am 31. Juli 1972 auf der Krim gegeben zu haben. In der Konsequenz lief es dann darauf hinaus, der Bundesregierung von Seiten der DDR entgegen zu kommen, um ihre Wahlaussichten zu vergrößern. Die parlamentarische Schwäche der sozialliberalen Koalition entpuppte sich eher als Stärke. Damit stößt auch der Vorwurf, die mit Blick auf die Wahlen an den Tag gelegte Hast habe zu unnötigen Konzessionen an die DDR geführt, ins Leere. „Tatsächlich war es genau umgekehrt. Der von den vorzeitigen Wahlen erzeugte Effekt führte tatsächlich zu Konzessionen der DDR, die sonst schwerer zu erzielen gewesen wären.“¹⁹ Selbstverständlich hatte die Sowjetunion das letzte Wort. Dass diese nicht selbstlos handelte, liegt auf der Hand, denn sie befand sich in einer schweren Versorgungskrise und hatte nicht zuletzt aus diesem Grund ein dezidiertes Interesse am Westen. „Und so, wie sie der DDR etwas zumutete, warnte sie diese zugleich davor, sich in Abhängigkeit von der Bundesrepublik zu begeben.“²⁰

Sicher wissen wir noch viel zu wenig über Entscheidungsfindungsprozesse an der Spitze. Festzuhalten ist jedoch, dass die Verhandlungen ins Stocken geraten waren und ein entscheidender Durchbruch erst erfolgte, als sich Generalsekretär Erich Honecker einschaltete und mit Egon Bahr direkt über den anstehenden Problemerkatalog sprach.²¹ Im Kern führte dies dann zu den Regelungen mit den Protokollvermerken und dem Brief der Bundesregierung zur Einheit, wie sie sich im Grundlagenvertrag mit seinem Beiwerk niederschlugen. Gleichwohl verliefen die Bahr-Kohl-Gespräche weiterhin zähflüssig. Das Hauptproblem blieb der Bezug zur Nation. Nur mühsam bahnte sich eine Lösung an, indem die DDR bereit war, die Erwähnung der unterschiedlichen Auffassungen in der Präambel zu akzeptieren und einen Brief zur deutschen Einheit analog dem Moskauer Modell entgegenzunehmen. Dafür steckte die bundesrepublikanische Seite schließlich bei der Erwähnung des Friedensvertrags-

¹⁸ Vgl. ebd., S. 28; Vgl. auch Bahr, *Zu meiner Zeit*, S. 393 ff.

¹⁹ Potthoff, *Bonn und Ost-Berlin*, S. 29.

²⁰ Ebd.; dort auch der Hinweis auf entsprechende Äußerungen Breshnews auf dem Treffen der Ostblockführer am 31. Juli 1972 auf der Krim (Dok. Nr. 8).

²¹ Vgl. ebd., S. 30.

Vorbehalten zurück. Für die DDR war und blieb dies einer der sensibelsten Punkte bis zuletzt.²²

Der Grundlagenvertrag mit seinen Briefwechseln und Protokollvermerken war ein insgesamt uneinheitliches und sicher nicht leicht zu überschauendes Vertragswerk. Auch wenn es hier nicht nachgezeichnet wird, sei doch an die Verpflichtung beider Vertragspartner zu normalen und gutnachbarlichen Beziehungen zueinander erinnert, auch daran, sich von den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen leiten zu lassen, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, friedliche Beziehungen und Zusammenarbeit in Europa zu fördern und für Abrüstung zu wirken sowie die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren. Der Grundlagenvertrag war weder rechtlich noch politisch ein Teilungsvertrag (Art. 9: Offenhalten der deutschen Frage). Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag dessen Doppelcharakter herausgestellt (völkerrechtlicher Vertrag, Vier-Mächte-Verantwortung, Fortbestand einer deutschen Nation). Erst mit dieser Entscheidung nach dem Wahlsieg vom November 1972 und der danach folgenden parlamentarischen Absegnung des Vertragswerkes war auch die letzte Hürde überwunden.²³

Damit verknüpft waren die Einrichtung der Ständigen Vertretungen und der Beitritt der Bundesrepublik und der DDR zur Organisation der Vereinten Nationen. Teile der Opposition im Bundestag taten sich selbst damit schwer. Denn für sie bedeutete dies auch die Hinnahme des Weges zur internationalen Anerkennung der DDR. Dieser Prozess kam, schaut man auf die äußeren Geschehnisse, tatsächlich erst mit dem Grundlagenvertrag voll in Gang. Allerdings wird man einschränkend hinzufügen müssen, dass wohl viele Staaten die längst beabsichtigte Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR lediglich bis zum Abschluss des Grundlagenvertrages zurückgestellt hatten. Es war eine Entwicklung, die der Grundlagenvertrag nicht initiiert hatte, aber wohl doch bündelte und beschleunigte. Auch die aktive Einbeziehung in internationale Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit dokumentierte die außenpolitische Aufwertung und den internationalen Prestigegewinn der DDR, die mit der gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO am 18. September 1973 „gleichsam ihre höheren Weihen“ erhielt.²⁴

Das SED-Regime hatte damit eines seiner wichtigsten Ziele seit der Gründung der DDR erreicht, die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft, auch wenn im Einzelfall die diplomatische Anerkennung noch auf sich warten ließ: durch die USA erst im September 1974 und durch Kanada sogar erst bei der KSZE-Konfe-

²² Vgl. ebd., S. 31 mit dem Hinweis auf Dok. Nr. 12.

²³ Ausführlich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 32 f.

²⁴ Ebd., S. 34.

renz im August 1975. Damit unterwarf die DDR sich jedoch zugleich den Normen und Regeln der Völkergemeinschaft und stand von nun an in direktem, offenem Wettbewerb mit der Bundesrepublik. Der vom Regime zweifellos durch die außenpolitische Aufwertung erhoffte und erwartete Zuwachs an innerer Reputation und Stabilität blieb letztlich jedoch aus. Und eine volle Anerkennung im völkerrechtlichen Sinne hatte die DDR mit dem Grundlagenvertrag und dem UN-Beitritt in seinem Gefolge nicht erzielt; sie blieb ein Desiderat, das ab 1980 mit der Geraer Rede Honeckers wieder stärker betont wurde, aber bis zum Ende nicht erreicht werden konnte. Die deutsche Frage blieb offen, wie es den Vorstellungen der Konstrukteure der Deutschlandpolitik und namentlich denen Willy Brandts und natürlich auch der damaligen Opposition entsprach. In der internationalen Staatenwelt wurde dies freilich anders gesehen und vor allem gewertet.

Mit diesem Vertragswerk und seiner Durchsetzung endete in gewisser Weise die Ära Brandt. Für die Deutschlandpolitik begann danach eine zweite Phase.²⁵ Es ging dabei vor allem um die Folgeverträge zum Post- und Fernmeldewesen, zu Verkehr, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Rechtsverkehr, Gesundheitswesen, Sport, Kultur und Umweltschutz. Einer der wichtigsten Punkte waren und blieben freilich die humanitären Erleichterungen, das heißt, Reiseverbesserungen, Familienzusammenführungen, Häftlinge. Und hier schaltete die DDR auf stur, mauerte und setzte auf Blockade. Egon Bahr kam nicht weiter. Als „Krise in der Deutschlandpolitik“ hat man dies beschrieben und gewertet. In einer anderen Version wird darin auch der Beginn eines Wechsels gesehen, Wechsels der sogenannten Kanäle. Der von Bahr lief über Moskau, und nun begann die Stunde von Herbert Wehner zu schlagen mit seinen Kanälen nach Ost-Berlin. Als Stichwort sei lediglich sein Treffen mit Erich Honecker am 31. Mai 1973 erwähnt und als weiteres Stichwort die sogenannten Kofferfälle. Herbert Wehner wurde dann in dieser neuen Phase der Deutschlandpolitik, die nicht mehr zur Ära Brandt gehörte, zum wichtigen Motor und Mittler. Egon Bahrs Einfluss schwand damit, sein höchster Einfluss gehört in die Ära Brandt. Das hat sicher mit zu den Verzeichnungen beigetragen, wie sie in Bahrs Memoiren mit Blick auf die Äußerungen über Wehner angedeutet seien.²⁶ Dies ist insofern erwähnenswert, weil es in der öffentlichen Debatte immer wieder auftaucht. Will man diese zweite Phase der Deutschlandpolitik umschreiben, so wird man sagen können, der Weg führte nun nicht mehr allein über Moskau, jedenfalls von der Bundesrepublik her betrachtet.

²⁵ Zum folgenden nach ebd., S. 38 ff.

²⁶ Dazu vor allem das Kapitel über Wehner bei Bahr, *Zu meiner Zeit*, S. 438 ff.; Zur Widerlegung der Behauptungen Bahrs vgl. Heinrich Potthoff in: „Der Spiegel“ Nr. 42 vom 14.10.1996.

Wegner erweckte - trotz seines bereits gestörten Verhältnisses zu Brandt - den Eindruck, dass eine Lösung der humanitären Fragen nur auf dem diskreten Weg über ihn und seine persönlichen Kontakte zu Erich Honecker zu bewerkstelligen seien und dass dieser zu positiven Schritten gegenüber der Regierung Brandt bereit sei. Das war noch vor dem Fall Guillaume, der ungeachtet der Empfindungen von und Auswirkungen auf Willy Brandt das Verhältnis zwischen Honecker und Wegner nicht beeinträchtigte. Nach dem Kanzlerwechsel gewann die Wegner-Schiene noch erheblich an Gewicht.²⁷ Helmut Schmidt war allerdings auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik keineswegs ein homo novus, was durch die Konzentration auf Bahr und Brandt immer wieder in Vergessenheit gerät. Nachdem sich die deutschlandpolitische Situation festgefahren hatte, kam dann seit dem Sommer 1974 wieder etwas Bewegung in die Verhandlungen, auch wenn sich die DDR in den schwierigen Punkten (Rücknahme des Mindestumtausches, Herabsetzung des Reisealters und größere Verbindlichkeit bei den Familienzusammenführungen) schwer tat. Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Honecker nahmen einiges persönlich in die Hand, wobei Herbert Wegner und Wolfgang Vogel eine wichtige Vorklärungs- und Vermittlerrolle spielten und auf ein Treffen Schmidt-Honecker hinarbeiteten.

Das Verhandlungsergebnis von Ende 1974 (Verbesserung der Verkehrswege, Reiseerleichterungen, Herabsetzung des Mindestumtausches, Verlängerung des Swing) konnte sich sehen lassen und resultierte aus einer „im Kern neuen Deutschlandpolitik, die einerseits nüchtern, pragmatisch auf das Interesse der DDR an Westhandel, Westdevisen und wirtschaftlicher Kooperation setzte und dafür Reiseerleichterungen und Verbesserungen für Berlin (West) einkaufte, und andererseits auf den direkten Draht zur Nr. 1 im SED-Staat setzte, ohne dem Umweg Moskau und möglichst unter Umgehung des Apparates und auf verschwiegenen Kanälen. Das ideologisch Trennende blieb im Hintergrund. Es war Realpolitik, aber Realpolitik mit einem großen Gespür für die Psyche der Mächtigen und aus einem hohen Verantwortungsbewusstsein für die konkret betroffenen Menschen.“²⁸

Der innerdeutsche Boden war damit einigermaßen gut vorbereitet, und darüber hinaus war das internationale Klima ebenfalls günstig, als sich Helmut Schmidt und Erich Honecker, damals noch nicht Staatsratsvorsitzender, aber eindeutig die Nr. 1 in der DDR, 1975 bei der KSZE-Schlusskonferenz in Helsinki trafen. Das war gründlich vorbereitet worden, doch in Erinnerung geblieben sind die symbolträchtigen Bilder von der ersten freundlichen Begegnung der beiden vom Staatenalphabet Nebeneinanderplazierten.²⁹ Nach Helsinki ging es dann weniger um das spektakuläre Handeln der Großen, sondern um Maßnahmen und Vereinbarungen im kleinen und um gesellschaftliche Prozesse von unten. Es schien so etwas wie Alltag in die deutsch-

²⁷ Vgl. Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 45 ff.

²⁸ Ebd., S. 50.

²⁹ Vgl. mit dem Hinweis auf die Akten ebd., S. 51 f.

deutschen Beziehungen einzukehren, auch wenn es sich eben nicht um normale Beziehungen und um eine keineswegs normale Grenze handelte. Auch die innere Situation der DDR konnte nicht als normal bezeichnet werden. Dennoch wird man festhalten müssen (und vielleicht darüber diskutieren), dass der KSZE-Prozess und die Helsinki-Schlussakte mit ihrem Korb 3 in den Staaten jenseits des damaligen „Eisernen Vorhangs“ ihre Wirkung entfalteten. Das gilt auch für die DDR, die die Grundsätze der Helsinki-Schlussakte nur schwer ertrug und die Unmenschlichkeit ihres Grenzregimes nur widerwillig abmilderte. Gleichwohl war sie durch die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte in Zwänge geraten und musste sich jedenfalls nach außen dem internationalen Kodex des Wohlverhaltens unterwerfen. Zeitzeugen aus der DDR, beispielsweise ehemalige DDR-Diplomaten, bestätigen heute wortreich diese Zwangslage. Sie bestätigen allerdings auch, dass die DDR nie bereit war, sich auch im Innern an diese internationalen Regeln halten zu wollen. Die explosionsartig anschwellenden Ausreiseanträge und auch die Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien Ende Juni 1976 in Ost-Berlin, auf der auch Reform- und Eurokommunisten zu Wort kommen mussten, erzeugten zudem Unsicherheiten und führten zu einer Anspannung der Lage und zu einem Verhalten, wie es, um nur ein Beispiel zu nennen, in der Biermann-Ausbürgerung deutlich wurde.³⁰

In den nachfolgenden Jahren verdunkelte sich der Ost-West-Himmel insgesamt unübersehbar, doch für die deutsch-deutschen Beziehungen galt ungeachtet erheblicher Störungen, den politischen Kurs mit dem Ziel der besseren Nachbarschaft fortzuführen.³¹ Es war namentlich die forcierte Aufrüstung der UdSSR mit der SS 20, die den bisherigen Status quo sowohl im militärischen wie im politischen Bereich erheblich störte. Die Antwort des Westens in Gestalt des NATO-Doppelbeschlusses sei hier lediglich erwähnt. Gleiches gilt für die nachfolgenden Probleme im Zusammenhang mit der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan. In dieser Situation bat Honecker um Verständnis, dass ein Treffen mit dem Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt nichts bringe, wobei durch andere Indizien erhärtet wurde, dass Honeckes Handlungsspielräume gleich null waren, zumal er mit seiner Dialogpolitik auch auf Widerstände im eigenen Machtapparat stieß.³² Die Einzelheiten des mehrfach verschobenen und umorganisierten, für den Sommer 1980 geplanten Treffens seien hier nicht nachgezeichnet, waren aber symptomatisch für die Situation. Die offenkundigen Ängste in der DDR-Führung resultierten aus der Lage in Polen und aus der Furcht vor einem Übergreifen des polnischen Bazillus, der durch den Besuch des Bundeskanzlers erst richtig virulent werden könnte. Helmut Schmidt sagte schließlich am 22. August 1980 das Treffen ab, und Honecker zeigte

³⁰ Vgl. die anderen zahlreichen Beispiele ebd., S. 57.

³¹ Vgl. ebd., S. 60 f.

³² Vgl. ebd., S. 65 mit dem Hinweis auf Dok. Nr. 42.; vgl. auch Peter Przbylski, Tatort Politbüro: Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 340 ff.

Verständnis. Doch mit und nach den polnischen Ereignissen setzte sich in der DDR-Führung wohl gegen Honecker der Kurs einer schärferen Abgrenzung durch. Mit der drastischen Erhöhung des Zwangsumtausches und der Gerarer Rede Honeckers (mit den in Erinnerung gebliebenen Forderungen: Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, die Festlegung des Grenzverlaufs auf der Elbe in der Strommitte und die Umwandlung der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik und der DDR in Botschaften), beides im Oktober 1980, trat er offen zu Tage. „Alles zusammen genommen, Polen, Raketen, Moskau, Stasi, Apparat und eigene Ängste, hatte den politischen Grundtenor jedenfalls zuerst einmal auf Abschottung und Abgrenzung gestimmt“.³³

In dieser verhärteten Situation fühlte sich der von den Medien oftmals als reiner „Macher“ und Pragmatiker gescholtene Kanzler Helmut Schmidt dem Los der Menschen, die unter der Teilung zu leiden hatten, und der Durchsetzung praktischer Verbesserungen für sie besonders verpflichtet, wie er auch mit seiner Regierungserklärung vom 20. November 1980 mit den eher moderaten Tönen in Richtung DDR deutlich machte. Ganz im Sinne dieser Regierungserklärung wandte er sich Anfang Februar 1981 mit einer mündlichen Botschaft an Honecker, in der er aus seiner Enttäuschung über die belastenden Maßnahmen und das Verhalten Honeckers keinen Hehl machte, doch auch Gesprächsbereitschaft signalisierte.³⁴ Da Schmidt zu diesem Zeitpunkt in Polen mit dem Schlimmsten, einer Intervention wie in Prag 1968, rechnete, signalisierte er über Vogel, dass die Bundesrepublik keinerlei Interesse an einer Destabilisierung habe, sondern sich mit Rat und Tat für eine Stabilisierung einsetze. Da sich dann jedoch im Frühjahr 1981 die Lage in Polen etwas zu entspannen schien, bedeutete das für die innerdeutschen Beziehungen, dass die konkreten anstehenden Fragen und Probleme wieder mehr in den Vordergrund rückten und der aufgeschobene Besuch von Helmut Schmidt wieder ernsthaft vorbereitet wurde. Die Erwartungen für das Treffen wurden auf allen Seiten niedrig gehängt.³⁵

Was Schmidt mit großer Wahrscheinlichkeit vorgeschwebt hatte, war, der DDR den Weg eines Kadar in Ungarn schmackhaft zu machen. Dies war völlig illusorisch und zeigte auch tendenziell ein verzeichnetes Bild von Honecker, das im Wesentlichen durch Herbert Wehner und Wolfgang Vogel vorgeprägt gewesen sein dürfte. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der DDR waren weitgehend bekannt, doch eine große Lösung mit einem Milliardenkredit, wie er dann 1983 von Strauß eingefädelt wurde, war damals noch nicht machbar. Das lag nicht allein an der eigenen knappen Kassenlage, sondern auch an der Opposition, die dagegen Sturm gelaufen wäre. Auch die Bundesbank stellte sich quer. So konnte Bonn nur die Minimallösung einer Verlängerung des Swings um ein halbes Jahr anbieten. Spekta-

³³ Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 76.

³⁴ Vgl. dazu Dok. Nr. 50 bei Potthoff, Bonn und Ost-Berlin.

³⁵ Dazu und zum folgenden ebd., S. 81 ff.

kulär war deshalb vor allem das Drumherum des Besuchs, der dann so völlig vom Kriegerrecht in Polen und der gespenstischen Szene in Güstrow überschattet wurde. Dennoch, trotz Polen und der daraus resultierenden Zuspitzung zwischen den Vormächten und den Blöcken, blieb „Dialog und Mäßigung“ das Motto, auf das man sich verständigte. Dies und den „Kurs zu halten auf Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Zusammenarbeit“ war ein verbaler Konsens, den auszufüllen es viel guten Willens auf beiden Seiten bedurfte. Und es blieb die politische Grundlinie, die bis zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts durchgehalten wurde.

Der bereits erwähnte Ash hat kritisiert, dass „Stabilität“ und „Stabilisierung“, zunächst durchaus als Mittel zur „Liberalisierung“ der kommunistischen Systeme verstanden, über die Jahre zum „Zweck“ verkamen.³⁶ Zu kurz kommt dabei freilich, dass durch die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges Stabilität die Grundbedingung für das Überleben der Menschheit war. Und ein Gorbatschow war 1980-1982 noch keineswegs in Sicht, so dass immer die Gefahr besteht, die spätere Kenntnis des friedlichen Umbruchs zur Messlatte zu machen.

Wenn man abschließend festhalten will, dass die Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR unter Helmut Schmidt gouvernemental angelegt war und stark auf den direkten Draht zu Erich Honecker baute, so blieb dies auch unter seinem Nachfolger Helmut Kohl.³⁷ Für beide Zeitabschnitte bleibt die zu diskutierende Frage, ob nicht die gesellschaftliche Dimension dabei zu kurz kam und die hoch bewertete Stabilität zu sehr im Mittelpunkt stand. Dies freilich ist eine Frage, die sich im Laufe der achtziger Jahre in unterschiedlicher Weise stellte und vielleicht auch deshalb für anhaltende Kontroversen sorgt.

³⁶ Vgl. Ash, Im Namen Europas, S. 261 ff.

³⁷ Vgl. auch Potthoff, Bonn und Ost-Berlin, S. 126 f.